



KontraRE - Newsletter des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus

Politiker in Dortmund wollen Verbot von "Combat 18"

Dortmunder Linke, Piraten, Grüne und SPD machen sich in ihrem Antrag für ein Verbot von "Combat 18" stark. Die US-amerikanische Mutterorganisation "Blood and Honour" ist in Deutschland bereits verboten. Die Landesregierung soll jetzt ein Verbot für "C 18" aussprechen.

Die dazu gehörige Sendung findet ihr hier:

<https://www1.wdr.de/mediathek/av/video-rechtsextremes-netzwerk-c-im-ruhrgebiet-100.html>

Von Christof Voigt und Tobias Al Shomer

- **Politiker fordern Verbot von Neonazi-Gruppe "Combat 18"**
- **Der gemeinsame Antrag kommt Donnerstag in den Rat**
- **Begründung spricht von "Nazi-Terrorgruppe"**

Gewaltbereitschaft der "C18" Mitglieder

C18" steht für "Combat 18", also "Kampf(-gruppe) Adolf Hitler". Bei den Anhängern von "C18" ist von Waffenaffinität und individueller Gewaltbereitschaft auszugehen, sagt Innenminister Reul. Trotzdem ist "C18" nicht verboten. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz beobachtet "C18" seit Jahren intensiv. Ankündigung eines Verbotes ist unsinnig. Vor einem Verbot über das Verbot zu sprechen, hält der Leiter des NRW-Verfassungsschutzes Burkhardt Freier für unsinnig. Bei einer Ankündigung eines Verbotes hätten Mitglieder der Organisation Zeit, wichtige Beweise verschwinden zu lassen.

Organisation "Blood an Honour" bereits verboten

Begründet wird der Dortmunder Antrag so: "Die amerikanische Mutterorganisation von "Combat 18" unter dem Namen "Blood and Honour" ist bereits seit dem Jahr 2000 in Deutschland verboten. Die Nazi-Terrorgruppe "Combat 18" ist seit vielen Jahren auch in [Dortmund](#) aktiv. Die Dortmunder Naziband Oidoxie schmückt sich immer wieder mit "Combat 18"-Symbolen." C18" steht für "Combat 18", also "Kampf(-gruppe) Adolf Hitler". Bei den Anhängern von "C18" ist von Waffenaffinität und individueller Gewaltbereitschaft auszugehen, sagt Innenminister Reul. Trotzdem ist "C18" nicht verboten.

Rechtsextremes Untergrund-Netzwerk im Ruhrgebiet?

Propaganda für rechte Terrororganisation Auf Demonstrationen der rechtsextremen Splitterpartei "Die Rechte" tritt ein Dortmunder Neonazi seit Wochen offen mit "C18"-Symbolik auf. Einem ganz bestimmten Drachen. Der steht europaweit für "C18" und diese Gruppe gilt als militanter Arm des ultraextremen Neonazi-Netzwerks "Blood and Honour". Der, der da so offen Propaganda für eine international vernetzte rechte Terrororganisation macht, ist kein Unbekannter. Robin S. hat als Brieffreund der verurteilten Rechtsterroristin Beate Zschäpe bundesweit Schlagzeilen gemacht. Er selbst saß lange im Gefängnis, wegen eines bewaffneten Raubüberfalls, bei dem er einen Menschen durch vier Schüsse schwer verletzt hat. Für den Rechtsextremismus-Experten Dierk Borstel von der Dortmunder Fachhochschule, ist das Verhalten von S. alarmierend: "Das Bekenntnis zu C18 ist eines zu Militanz, ist eines zu rechtsterroristischen Anschlägen. Da reden wir über die schlimmste, militanteste Form des Rechtsextremismus."

International vernetzt

S. selbst will sich auf Nachfrage des WDR nicht zu "C18" äußern. Unsere Recherchen zeigen aber: er ist schon lange im "C18"-Umfeld aktiv, hat viele internationale Kontakte, etwa nach Polen, England oder Skandinavien. Besonders enge Verbindungen werden ihm zu William Browning nachgesagt. Der gilt als einer der "C18"-Köpfe in England und war 2016 mehrfach in Dortmund. Und zwar kurz nachdem Robin S. eine mehrjährige Haft verbüßt hatte. Im Juni und Oktober 2016 nahmen die beiden Rechtsextremisten gemeinsam an Demonstrationen der Dortmunder Neonazi-Szene teil.

Musik und Konzerte wichtig für C18-Strukturen

Robin S. ist nicht der einzige Dortmunder Neonazi mit Verbindungen zum "C18"-Netzwerk. Auch Marko G., langjähriger Freund von Robin S., ist dort tief verstrickt. Der Sänger der rechtsextremen Band Oidoxie hat das "Combat18"-Logo auf seiner Brust tätowiert. Mit seiner Band spielt G. regelmäßig die Hymne der "C18"-Bewegung "Terrormaschine, Combat 18".

Straftaten mit C18-Bezug in NRW

In NRW sind in den vergangenen 10 Jahren insgesamt 12 Rechtsextremisten mit einem "C18"-Bezug straffällig geworden. Insgesamt sind die für 84 Straftaten verantwortlich. Darunter das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole, Bedrohung, gefährliche Körperverletzung oder Nötigung. Dabei stechen vor allem Dortmund mit 41 Taten, aber auch Köln mit 20 deutlich heraus. Das Innenministerium geht davon aus, dass zurzeit neun "C18"-Mitglieder in NRW leben.

C18-Spuren führen auch nach Kamen

Bei unserer Recherche stoßen wir im Internet auf das Foto der Geschäftsführerin eines Unternehmens aus Kamen. Es zeigt sie und einen Dortmunder Neonazi bei einem rechten Konzert 2017 in Thüringen. Außerdem werden auf einer antifaschistischen Internetseite Kontoauszüge eines führenden deutschen "C18"-Aktivisten veröffentlicht. Dort tauchen auch die Namen der Kamener Geschäftsfrau und des Dortmunder Neonazis auf. Demnach haben sie dem "C18"-Mann Geld überwiesen. Ob- und wenn ja, warum sie das Geld überwiesen haben und wie sie zu C18 stehen, hätten wir gerne gewusst, eine Anfrage an die Unternehmerin bleibt aber unbeantwortet.

Geld für Waffen?

Eine Entwicklung, die die Grünen im Land mit Sorge sehen. Wenn Geld in rechtsterroristische Strukturen fließe, sei das immer gefährlich, etwa weil das Geld zum Kauf von Waffen genutzt werden könnte, sagt Verena Schäffer, Abgeordnete der Grünen im Landtag: "Die Sicherheitsbehörden müssen da nicht nur sehr genau hinschauen, sondern müssen meines Erachtens auch überprüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen dafür da sind, diese Vereinigung zu verbieten."

Fäden laufen bei „Die Rechte“ zusammen

Welche Rolle "C18"-Strukturen in der rechtsextremen Dortmunder Splitterpartei "Die Rechte" spielen, bleibt unklar. Auf den Demonstrationen der Partei hat Robin S. in den vergangenen Wochen nicht nur offen "C18"-Symbolik zur Schau gestellt. Am Samstag (25.05.2019) war er maßgeblich an der Logistik und Organisation einer Demonstration der Partei in Dortmund-Hörde beteiligt, baute zum Beispiel Lautsprecher auf dem Demo-LKW auf, ordnete während der gesamten Demonstration das Geschehen rund um diesen LKW. Und am Steuer des Demo-Lasters: Marco G., der "C18"-Sänger. Auf Verbindungen zum "C18"-Netzwerk angesprochen, wollte einer der beiden Vorsitzenden der Partei, Sascha Krolzig, dem WDR nicht antworten. Es ist ein enges, schwer zu durchschauendes Netzwerk, das die Rechtsextremisten im Ruhrgebiet aufbauen.

Rechte Hetzblogs bei linken Demonstrationen

AfD-Landtagsabgeordneter Beckamp mit IB-naher Bloggerin

In den letzten Jahren hat die Zahl rechter Blogger/innen auf Youtube, und anderen sozialen Medien stetig zugenommen. Auch hier in Köln sind mehrere von Ihnen aktiv. Während der AfD-Landtagsabgeordnete Roger Beckamp mit Kameramann schon mehrmals, meist unter Polizeischutz, linke Demonstranten*innen abfilmen wollte, ist seit kurzem die rechte Bloggerin Lisa H. „Undercover“ bei linken und zivilgesellschaftlichen Demonstrationen unterwegs.

„Undercover“

Nachdem Sie „Undercover“ im Hambacher Forst unterwegs war, zog sie sich am letzten Samstag ein T-Shirt mit dem Spruch „Good Night White Pride“ an und filmte stundenlang auf der #unteilbar Demo in Dresden. Lisa H., die unter Künstlerinnennamen einen Youtube-Kanal, mehrere Facebookprofile und Twitter Accounts betreibt, ist eine IB-nahe Aktivistin. Bis zum Juni dieses Jahres war sie Top-Aktivistin in der IB-Frauenorganisation 120DB und machte u.a. mit anderen IB-Frauen am Kölner Hauptbahnhof Infostände. Nach internen Streitigkeiten, (120 DB wurde von oben aufgelöst und Lisa H. beklagte sich über die Männerdominanz der IB bei diesem Projekt), erklärte sie, die IB verlassen zu haben, postet aber bis jetzt Solidaritätsadressen mit deren Chef Martin Sellner und teilt weiter fleißig Beiträge der Nachfolgeorganisation von 120DB, die die IB-Frauen unter dem Namen Lukretia ins Leben gerufen haben. Neben ihren „Undercover-Filmen“ berichtet Lisa H., die nach eigenen Angaben ein Abendgymnasium in Köln besucht, ansonsten von ihrer „patriotischen Teilnahme“ bei AfD-Kundgebungen und zuletzt bei einem Naziaufmarsch von Pro Chemnitz. Als nächstes hat sie angekündigt, beim Aufmarsch rechter Hools und Nazis am 08.09 in Mönchengladbach mitzulaufen.

Beckamp (AfD) und identitäre Lisa posten Video zusammen

Erst kürzlich hat [Roger Beckamp](#), der auch in der Vergangenheit [keinerlei Berührungängste mit den rechtsextremen Identitären hatte](#), ein gemeinsames Video mit der früher „IB-Lisa“ genannten Bloggerin veröffentlicht. Dort regen sie sich gemeinsam über die millionenfache Völkerwanderung, die vielen ausländischen Imbisse und Billigläden auf. Bleibt zu hoffen, dass in Zukunft für die „Undercover-Berichte“ der rechten Bloggerin ein linkes T-Shirt nicht mehr ausreicht.



Deutlich mehr "Gefährder"

Rechtsextremismus: Regierung sieht beunruhigende Entwicklung

Berlin (dpa) - Im Bereich der politischen Gewalt von rechten Tätern scheint sich etwas zusammenzubrauen, was den Sicherheitsbehörden Sorgen macht.

Um Extremisten und potenzielle Terroristen aus dem rechten Spektrum frühzeitig erkennen und stoppen zu können, sollen Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt zusammen mehr als 500 zusätzliche Stellen erhalten. So sehen es zumindest Pläne vor, an denen derzeit im Bundesinnenministerium gearbeitet wird. Der noch nicht im Haushalt für 2020 eingepreiste Stellenzuwachs bedarf allerdings noch der Zustimmung durch den Bundestag. Dass die Sicherheitsbehörden die Gefahr von rechts bis zum Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke Anfang Juni unterschätzt hätten, wie einige Oppositionspolitiker sagen, will Innen-Staatssekretär Hans-Georg Engelke nicht gelten lassen.

Er verweist im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur auf eine neue Dynamik im Rechtsextremismus: "Gerade in den letzten Monaten beobachten wir in diesem Phänomenbereich Entwicklungen, die beunruhigend sind. Deshalb wollen wir hier jetzt auch schnell handeln."

Nach dpa-Informationen geht es nicht nur um mehr Personal. Ähnlich wie bei der Beobachtung von Islamisten will man künftig auch bei den Rechtsextremisten stärker Informationen zu radikalisierten Einzelpersonen zusammentragen - anstatt vor allem auf bekannte Gruppen zu schauen. Für die Einschätzung der Gefährlichkeit einzelner Rechtsextremisten soll eine neue Kategorisierung entwickelt werden. Einfließen würden Risikofaktoren wie: Hat jemand besonderes Interesse an Waffen? War er schon einmal oder gar mehrfach bei Aktionen oder Aufmärschen bekannter rechtsextremer Gruppen dabei?

Auch bei der Erkennung von Netzwerken will man neue Wege gehen. Ein großes Paket mit Gesetzesänderungen müsste für diese Maßnahmen nicht geschnürt werden. Das Meiste wäre auch mit bereits vorhandenen Instrumenten umsetzbar. Allerdings wird im Innenministerium jetzt auch darüber nachgedacht, Social-Media-Plattformen nicht nur zur Löschung von Gewaltaufrufen und extremen Hassbotschaften zu bringen, sondern dazu, diese auch der Polizei zu melden.

Außerdem hat der Fall von Stephan E., der als Hauptverdächtiger für den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke in Untersuchungshaft sitzt, die alte Diskussion neu entfacht, wann Extremisten ein Recht auf Vergessenwerden haben. Sprich: Sollten Daten von Menschen mit Neonazi-Vergangenheit bei den Sicherheitsbehörden länger aufbewahrt werden, auch wenn sich jemand über viele Jahre unauffällig verhält?

"Generell gilt: Hinsichtlich eines Rechtsänderungsbedarfs sind wir zurückhaltend, denken jedoch zum Beispiel über die Verlängerung von Löschfristen und mögliche Ausleitungsverpflichtungen von Betreibern sozialer Netzwerke für klar strafbare Inhalte bei Officialdelikten nach", sagt Innen-Staatssekretär Engelke. Mit Blick auf die ohnehin geplante Novelle des Verfassungsschutzgesetzes ergänzt er: "Die Befugnisse zur Online-Durchsuchung und zur Überwachung von Kommunikation per Messenger in besonders gravierenden Fällen, die wir auch für die Bekämpfung des Islamismus benötigen, brauchen wir natürlich auch hier."

Die Polizei stuft im rechten Spektrum bundesweit rund 40 Menschen als sogenannte Gefährder ein, hinzu kommen etwa 110 "relevante Personen". Zum Vergleich: Ende 2016 gab es 22 Gefährder. Als Gefährder bezeichnet man im Bereich der politisch motivierten Kriminalität Menschen, denen man schwere Gewalttaten bis hin zu Terroranschlägen zutraut. Die Zahl der islamistischen Gefährder war zuletzt leicht zurückgegangen und liegt jetzt knapp unter 700. Allerdings steht demnächst bei etlichen verurteilten Islamisten die Haftentlassung an, was die Beamten, die sie im Blick behalten müssen, vor weitere Herausforderungen stellt.

Alarmiert hatte die Behörden nicht nur der Fall des CDU-Politikers Lübcke, der nach Überzeugung der Ermittler vom mutmaßlichen Rechtsterroristen Stephan E. auf der Terrasse seines Hauses erschossen wurde. Erschreckend ist auch das Szenario, auf das sich die acht Männer vorbereitet haben sollen, die vom 30. September an als mutmaßliche Mitglieder der Gruppe "Revolution Chemnitz" vor Gericht stehen werden. Nach Auffassung des Generalbundesanwalts besteht der dringende Verdacht, dass von ihnen "im Rahmen einer mitgliederschaftlichen Beteiligung auch Schusswaffen beschafft werden sollten, um unter Inkaufnahme der Tötung von Menschen einen Umsturz der demokratischen Ordnung in Gang zu setzen".

Was sind die Ursachen für das Anwachsen der Gefahr von rechts? Engelke sieht hier eine diffuse Gemengelage. Er sagt: "Das reicht von der enthemmten, weitgehend anonymen Kommunikation in sozialen Medien bis hin zu der Unsicherheit, die Digitalisierung und Globalisierung mit sich bringen. Hinzu komme die Agitation nach der Flüchtlingskrise."